



Presseinformation  
3/2011

Northeim, 05. Apr. 2011

## INTEGRIERTE GESAMTSCHULE IN EINBECK NOTFALLS GERICHTLICH DURCHSETZEN

**NORTHEIM.** Die von der Landtagsmehrheit im März gesetzlich aus der Taufe gehobene so genannte Oberschule ist für uns kein Grund, von Beschlüssen des Kreistages abzurücken oder den Wunsch einer gewichtigen Zahl von Eltern nach Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Einbeck in Frage zu stellen. Mit ihrem Modell der Oberschule versucht die Landesregierung, auf die zurückgehenden Schülerzahlen zu reagieren und will die Schulformen Haupt- und Realschule ggf. mit gymnasialem Angebot zusammenfassen, ohne sie integrativ zu nennen. Gleichzeitig soll durch eine angeblich verbesserte personelle Ausstattung und andere positive Merkmale für Lehrer und Leitungen ein Damm gegen die Welle von Anträgen auf Errichtung weiterer Gesamtschulen errichtet werden.

Der konsequentere Ansatz ist aus unserer Sicht die Integrierte Gesamtschule, die das Angebot auch in Einbeck bedarfsgerecht und qualitativ angemessen erweitern würde ohne die von der Landesregierung gewünschte Mehrgliedrigkeit des Schulwesens dort in Frage zu stellen. Die SPD bestätigte daher im Kreisausschuss durch ihr bereits im Schulausschuss praktiziertes Stimmverhalten den Beschluss auf Erhebung einer Verpflichtungsklage seitens des Landkreises beim Verwaltungsgericht. Damit soll die Landesschulbehörde veranlasst werden, ihren angekündigten Ablehnungsbescheid bezüglich der Errichtung einer vierzügigen Integrierten Gesamtschule in Einbeck im Sinne des Antragstellers zu ändern. Gerade angesichts der nach unten offenbar immer offeneren Mindestschülerzahl für Oberschulen ist das starre Festhalten an der Fünzügigkeit als Bedingung für Gesamtschulen eine völlig inakzeptable Ungleichbehandlung und ein Schlag ins Gesicht der für die Gesamtschule votierenden Eltern.

Wir begrüßen es, dass die Einschränkung der Geschwister-Scholl-Schule auf die Grundschule in der Trägerschaft der Stadt Einbeck erst am 31.12.2011 beantragt werden und damit erst ab dem Schuljahr 2012/13 umgesetzt werden muss. Damit können alle Entscheidungen über die Schullandschaft in Einbeck parallel bis zum Sommer 2012 getroffen werden. Eine praktikable und schülerfreundliche Regelung!

Fraktionsvorsitzender  
Martin Wehner  
Carl-Maria-von-Weber-Str. 24  
37574 Einbeck  
Tel. (0 55 61) 97 22 03  
eMail: martin.wehner@t-online.de

Fraktionsgeschäftsführer  
Simon Hartmann  
Rückingsallee 4  
37154 Northeim  
Tel. (0 55 51) 98 85 88  
Handy 0176 / 32 000 231  
eMail: simon\_hartmann@t-online.de

Büroadresse:  
Scharnhorstplatz 8, 37154 Northeim  
eMail:  
postfach@spd-kreistagsfraktion-northeim.de  
Internet:  
www.spd-kreistagsfraktion-northeim.de

Wir gehen in der SPD-Fraktion geht davon aus, dass alle Anträge von Schulen aus dem Kreisgebiet auf Umwandlung in oder Errichtung von Oberschulen demnächst in einer Sitzung des Kreisschulausschusses zu behandeln sind. Der Kreis ist im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Schulentwicklungsplanung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, diese Anträge im Blick auf die Auswirkung auf andere Schulen zu überprüfen. Solange Grundsatzerteilungen zur Arbeit in der Oberschule und Rahmenbedingungen ihrer Errichtung nicht bekannt sind, ist aus unserer Sicht die Weitergabe von Anträgen nicht zu verantworten.

gez. Hermann Weinreis  
Schulpolitischer Sprecher